

Pressemitteilung Nr. 24 vom 05. November 2019

**GEW Bayern kritisiert anhaltenden Zustand:
Bayern schickt wie jedes Jahr hunderte Lehrkräfte während der Sommerferien in die
Arbeitslosigkeit!**

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Bayern kritisiert auch in diesem Jahr scharf, dass der Freistaat Lehrkräfte vor den Ferien entlässt und nach den Ferien wiedereinstellt. Bereits zum dritten Mal in Folge schlägt die Bildungsgewerkschaft Alarm, ohne dass der Freistaat diese unsägliche Praxis beendet.

Auch in diesem Jahr meldeten sich in Bayern wieder 750 Lehrkräfte zu Beginn oder während der Sommerferien arbeitslos. Dies belegen die von der Bundesagentur für Arbeit jüngst veröffentlichten Zahlen. Damit entfallen nach Baden-Württemberg auch in diesem Jahr wieder die zweithöchsten Zahlen auf den Freistaat.

Das Phänomen der saisonalen Lehrerarbeitslosigkeit gibt es seit mehreren Jahren. Im Jahr 2017 stieg diese erstmals wieder an. Damals hatten sich bundesweit rund 4.900 Lehrkräfte in den Sommerferien arbeitslos gemeldet. Dieses Jahr waren es bundesweit 5.300 Lehrkräfte, davon allein in Bayern erneut 750 Kolleg*innen. Das ist bundesweit der zweithöchste Wert. In der Studie heißt es dazu:

„Verglichen mit dem Vorjahr hat sich der Anteil der Arbeitslosmeldungen zu Beginn oder während der Sommerferien in 14 Ländern verringert. Nur in Berlin hat er sich leicht um einen Prozentpunkt erhöht, während er in Bayern unverändert blieb.“

Dazu der Landesvorsitzende der Bayerischen Bildungsgewerkschaft, Anton Salzbrunn: „Es kommt einem schon surreal vor, jedes Jahr kritisieren wir die hohe Zahl der Kolleg*innen, die der Freistaat in den Sommerferien in die Arbeitslosigkeit schickt, jedes Jahr berichtet die Presse darüber und alle Beteiligten sind entsetzt und jedes Jahr ändert sich rein gar nichts. Dass es anders geht zeigen Bundesländer wie Rheinland-Pfalz. Bayern sollte sich schämen so mit seinen Lehrkräften umzugehen!“

Neben der Tatsache, dass dieses Sparmodell andauernde Jobunsicherheit und unbezahlte Arbeit fördert, handelt es sich um einen Umgang, der nicht nur für die betroffenen Lehrkräfte, sondern auch für den Freistaat Bayern unwürdig ist. Salzbrunn dazu abschließend: „So geht man nicht mit seinen Lehrkräften um. Wir sind es leid, jedes Jahr zu fordern, dieses Unding zu beenden. Den Worten müssen endlich Taten folgen!“

Die Studie finden Sie hier:

<https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Berufe/generische-Publikationen/Lehrer.pdf>

Rückfragen gerne an:

Anton Salzbrunn, Tel. 0176 / 65 54 40 36 oder an

V.i.S.d.P.: Elke Hahn, Geschäftsführerin GEW Bayern, elke.hahn@gew-bayern.de; Tel.: 0171 / 6760000